

Anne Lowis:

Erhalt der natürlichen Mehrsprachigkeit

Sowohl die Sachverständigen eines Seminars des Weilburger Forums in Hessen (1992) als auch einer öffentlichen Anhörung (2003) in NordrheinWestfalen gingen von sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Blickwinkeln aus, aber in den Grundannahmen für Migrationsangelegenheiten waren sich alle einig: **Erhalt und Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit.**

Im folgenden Text werden grundlegende Aussagen zusammengefasst.

Integration und Herkunftssprache

Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, diese zugewanderte Bevölkerung in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Dass diese gesellschaftlichen Veränderungen auch Auswirkungen auf die Bildungspolitik und die praktische Arbeit in der Schule haben muss, steht außer Frage. Der Schule als Ort des Lernens und Verstehens kommt also eine zentrale Rolle zu.

Schule verteilt soziale und ökonomische Lebenschancen, das heißt: schulische Bildung wirkt sich entscheidend auf spätere Berufschancen und gesellschaftlichen Aufstieg aus.

Demgegenüber bedeuten Qualifikationsdefizite häufig das soziale Abseits für die Betroffenen.

Die beste Hilfe zur Verbesserung der Kenntnisse in der Unterrichtssprache Deutsch ist ein zweisprachiges Lernen, also die Koordinierung des Unterrichts in der Muttersprache mit dem Regelunterricht.

Ein Zugehen auf die Migranteltern, ihre Einbeziehung in eine veränderte Elternarbeit ist einer der Schlüssel zur Verbesserung der Lernerfolge. Alle Migranteltern haben, genau so wie deutsche Eltern, ein großes Interesse am Schulerfolg ihrer Kinder, aber sie wissen sehr oft nicht, wie sie dazu beitragen können.

Eltern muss dabei geholfen werden, die Erziehung ihrer Kinder, auch die sprachliche, als einen aktiven Prozess zu verstehen. Engagement bedeutet aber auch, dass die Migranten aktiv in den schulischen Gremien mitarbeiten müssen, in den Elternbeiräten oder der Schulkonferenz, sowohl in der einzelnen Schule als auch auf städtischer Ebene.

Hierbei sind zwei Phänomene besonders zu beachten: bei Entzug der Muttersprache kann die allgemeine kognitive Entwicklung des Kindes behindert werden (Schulversagen), bei Entzug der Muttersprache und mehr Angebot in der Zweitsprache erreicht auch die Zweitsprache nicht immer das gewünschte Niveau (nämlich jenes, welches mit der Sprachkompetenz Einsprachiger vergleichbar wäre) – auch das hat Schulversagen zur Folge, weil eine korrekte und differenzierte Ausdrucksweise in den Schulfächern erwartet wird.

Zur Erklärung dieser Phänomene wird die vom britischen Linguisten Cummins entwickelte sog. Interdependenzhypothese herangezogen. Sie besagt, dass sich die kognitive Entwicklung des Individuums z.T. auf der Basis der Muttersprache vollzieht und dass die Muttersprache bis zu einem gewissen Niveau ausgebildet sein sollte, um negative Auswirkungen auf den Zweitspracherwerb und auf die allgemeine kognitive Entwicklung zu vermeiden. Dieses „Schwellenniveau“ ist nach den Beobachtungen der Forscher bei einer normalen Sprachentwicklung etwa mit dem zehnten Lebensjahr erreicht.

Das bedeutet, dass der Förderung der Zweisprachigkeit unter Beachtung der Herkunftssprache in der Grundschule eine besonders wichtige Rolle zukommt.

Damit lässt sich zusammenfassend sagen:

1. Für den Kindergarten und die Grundschule brauchen wir eine grundständige und für alle obligatorische Ausbildung, die es erlaubt, sprachliche Förderung durchzuführen und Eltern in ihrem Sprachverhalten angemessen zu beraten.
2. Zusätzlich brauchen wir hier auch MuttersprachenlehrerInnen, um eine ausgewogene Zweisprachigkeit zu fördern. Sie sollten gleichzeitig die Ausbildung zur Grundschullehrerin durchlaufen haben.
3. An den weiterführenden Schulen brauchen wir neue Formen und Angebote, um vorhandene Mehrsprachigkeit zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Warum sind die Schweden besser?

Die Schweden haben Anfang der 80er-Jahre ein Handlungsprogramm entwickelt: Wie verwirklichen wir das Recht auf zweisprachige Erziehung? Dieses Handlungsprogramm ist wirklich eine Utopie zweisprachiger Erziehung, wo jeder seinen Platz hat, vom Vorschulkind bis zum Hochschulprofessor.

1. „Der Weg zu einer neuen Sprache geht durch die eigene Sprache! Einwandererkinder haben das Recht, ihre Muttersprache in der Vorschule und in der Schule weiterzuentwickeln!“ (Werbung für muttersprachlichen Unterricht in Schweden 1980)

2. Die Schweden haben Mehrsprachigkeit entwickelt – in der Zeit, in der sich das allgemeinbildende Schulwesen entwickelte. Ziel des sich entwickelnden Schulwesens war es, die nationale und sprachliche Identität der Schüler zu fördern. Deshalb wurde es in einem sich vereinigenden Europa und darüber hinaus in einer globalisierten, medial vernetzten Welt der Erhalt der Herkunftssprache als eine Bereicherung betrachtet, nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft. Der Staat sollte allen Eltern, die ihre Kinder zweisprachig aufwachsen lassen, dankbar sein, sie unterstützen und die Zweisprachigkeit für berufliche Qualifikationen nützen (Kontaktdolmetschen in Pflegeberufen, Mehrsprachigkeit im pädagogischen Kontext vom Kindergarten bis zur Hochschule, Kommunikation und Handelskorrespondenz in der Wirtschaft).

3. Mehrsprachigkeit ist weltweit und historisch gesehen die Regel, Einsprachigkeit ist die Ausnahme.

Dass wir das in Deutschland eher umgekehrt sehen, liegt an unserer nationalstaatlichen Vergangenheit. Das Ideal eines einsprachigen Nationalstaats, in dem Sprachgrenzen mit den Staatsgrenzen zusammenfallen, hat sich durchgesetzt.

Diese Trennung haben wir bis heute im Fächerkanon unserer Schulen beibehalten, obwohl das angesichts der Zusammensetzung unserer Schülerschaft längst überholt ist. Für etwa ein Drittel unserer Schülerinnen und Schüler ist Deutsch nicht die Muttersprache, auch keine Fremdsprache, sondern eine Zweitsprache – und dafür gibt es keine etablierte Sprachdidaktik.

Wenn Mehrsprachigkeit die Regel ist, dann ist sie auch kein Problem. Sie wird zum Problem, wenn die zuständigen Institutionen von der Vorschulerziehung bis zum Abitur sie ignorieren und als Ausnahme betrachten, die man so schnell wie möglich zugunsten der verordneten Einsprachigkeit in der Mehrheitssprache überwinden muss. Nicht die Unfähigkeit des

Menschen mehr als eine Sprache zu erwerben sind schuld am gesellschaftlichen Misserfolg vieler Mehrsprachiger, sondern die Art und Weise, wie die Mehrheitsgesellschaft mit den Minderheiten umgeht.

Unter günstigen Umständen wirkt Mehrsprachigkeit intelligenzfördernd. Die Interdependenzhypothese besagt: Je besser das Kind seine Muttersprache lernt, desto besser lernt es langfristig die Mehrheitssprache Deutsch. Wenn Kinder zwei Schriftsprachen auf einem hohen Niveau erwerben, so fördert das ihre kognitiven Fähigkeiten insgesamt. In unserem exportorientierten Land können wir auf die potentielle Intelligenz zweisprachiger Kinder nicht verzichten.

Damit Zweisprachigkeit nicht zu einem Problem wird, sondern zu einer Chance für die zweisprachigen Kinder und zu einem Gewinn für die Gesellschaft muss jeder an seinem Platz im Sinne der bisher formulierten Erkenntnisse seine spezifische Verantwortung übernehmen: die Eltern, die Lehrer, die Kommune, die Schulaufsicht, die Lehrer- und Erzieherausbildung. Hier müssten die Hochschulen stärker in die Pflicht genommen werden.

Mütter sind die besten Sprachlehrerinnen, die man sich denken kann. Sie verfügen über eine spezielle Sprache, das Motherese, das Mutterische – häufig diskreditiert als Ammensprache oder baby-talk.

Das Motherese ist eine Sprache, die sich immer passgenau auf den jeweiligen Entwicklungsstand des Kindes einstellt. Indem Mütter – oder auch Väter, Omas oder Opas – mit ihren Kindern kommunizieren, mit ihnen spielen, Lieder singen, Geschichten erzählen oder vorlesen, vermitteln sie bereits im Vorschulalter umfangreichere und fundiertere sprachliche Fähigkeiten, präzisere Kenntnisse über die sprachliche Codierung ihrer Umwelt als das später durch Unterweisung in Institutionen wie Kindergarten, Schule und Hochschule jemals wieder möglich ist. Damit die sprachliche Förderung in der Familie erfolgreich ist, sollten die Eltern für das Motherese die sprachlichen Ausdrucksmittel nutzen, die ihnen spontan zum Ausdruck ihrer Gefühle in den Sinn kommen – und diese Ausdrucksmittel basieren in der Regel auf ihrer eigenen Muttersprache. Sollten die Mütter – aus welchem Grund auch immer – ihre Zweitsprache nutzen, z.B. um dem Kind den Übergang in die Mehrheitsgesellschaft zu erleichtern, so leidet ihre natürliche Professionalität als Sprachvermittlerin.

Um die drohende Halbsprachigkeit zu verhindern, sollten die sprachvermittelnden Institutionen für einen sensiblen Übergang sorgen von der *lingua naturalis* zur *lingua artificiales*, d.h. von der motherese, einer informellen, situativ und kommunikativ orientierten Sprechsprache, der Nähesprache zu einer komplexeren, abstrakteren und normorientierten Schriftsprache, der Distanzsprache. Die Eltern können den Institutionen bei diesem Übergang helfen, indem sie die Institutionen mit ihrer sprachlichen Kompetenz unterstützen und dafür sorgen, dass die Muttersprachen der Kinder nicht einfach verschwinden oder gar unterdrückt werden. Kein Kind darf gezwungen werden, die Mehrheitssprache zu sprechen. Die Freiwilligkeit des Sprachwechsels ist eine fundamentale Voraussetzung für eine positive Einstellung zur Zweitsprache. Dieser Grundsatz gilt für Kindergarten und Schule gleichermaßen.

Wir sind also auf eine enge Kooperation mit den Eltern angewiesen: Wir brauchen Information über die sprachliche Situation im Elternhaus, sind auf Hilfen der Eltern bei der Betreuung von Minderheitenkindern angewiesen und die Eltern brauchen Aufklärung zum Umgang mit Mehrsprachigkeit. Sie müssen ihre Verantwortung durch einen sehr bewussten Umgang mit Sprache wahrnehmen.

In der Schule sollte es unser Ziel sein, bei zweisprachigen Kindern – und möglichst nicht nur bei ihnen – auch zwei Schriftsprachen zu vermitteln. Eine koordinierte bilinguale Alphabetisierung erfordert schulorganisatorische Maßnahmen: So viel gemeinsamer Unterricht wie möglich, so viel getrennter Unterricht in sprachhomogenen Gruppen wie nötig, um die Muttersprache auch als Schriftsprache weiterzuentwickeln. Wie der Unterricht zu organisieren ist, sollten die Verantwortlichen vor Ort entscheiden.

Die systematische Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit in unseren Schulen kommt nicht nur den Minderheitenkindern zugute. Der beste Beitrag zur Verbesserung des Sprachunterrichts an unseren Schulen besteht darin, die sprachliche Integration der Kinder mit Deutsch als Zweitsprache auf allen institutionellen Ebenen vom Kindergarten bis zur Lehrerbildung an den Hochschulen konsequent und systematisch voranzubringen. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass diejenigen Länder, die schon in den 70er Jahren Konzepte zur bilingualen Erziehung ihrer mehrsprachigen Schülerschaft entwickelt haben, nicht nur wesentlich erfolgreicher sind im Hinblick auf den Schulerfolg der Einwandererkinder, sondern auch hinsichtlich der Grundqualifikation Lesefähigkeit und im Hinblick auf die Chancengleichheit von Kindern aus unterschiedlichem sozialen Umfeld.

Auch die Sprachenpolitik der EU zielt auf die Erhaltung und die Förderung der Mehrsprachigkeit in Europa. Die EU-Kommission hat in ihrem „Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung“ von 1995 die Forderung formuliert, dass jeder EU-Bürger/jede EU-Bürgerin drei Gemeinschaftssprachen beherrschen solle (Punkt 4 der Aktionsleitlinien) und dass demzufolge Kinder und Jugendliche im Laufe ihrer Schulzeit außer ihrer Erstsprache noch mindestens zwei weitere EU-Sprachen lernen. Leider wird in den meisten Erziehungs- und Bildungseinrichtungen der europäischen Länder die Mehrsprachigkeit aller Kinder und Jugendlicher noch nicht gezielt gefördert.

Vor allem monolinguale Länder wie Deutschland tun noch zu wenig zur Förderung mehrsprachiger Kompetenz, die über die über mehr oder weniger gute Fremdsprachenkenntnis hinausgeht.

Kommunikationskompetenz und Mehrsprachigkeit sind heute ein wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung und damit Auftrag öffentlicher Erziehung. Die Bildungseinrichtungen könnten diese Aufgabe effektiver leisten, wenn sie Eltern mit anderer Muttersprache als Deutsch und verschiedensprachige Eltern in eine mehrsprachige Förderung einbezögen.

Wenn der Prozess des Erwerbs der Muttersprache nicht schon früh abgebrochen oder vernachlässigt wird und das Erlernen der Zweitsprache nicht aufkotroyiert wird, kann sowohl ein paralleler als auch ein sequenzieller Erwerb der beiden Sprachen zu einer hohen Kompetenz sowohl in der Muttersprache als auch in der Zweitsprache führen. Es fördert die Sprachfähigkeit in zwei oder mehr Sprachen, wenn Kinder in einem sprachfreudigen und mehrsprachigkeitsoffenen Umfeld und Klima aufwachsen.

Bildungssystem anderer Länder

Die Bildungssysteme in Kanada, Neuseeland, Australien z. B. betrachten diese Heterogenität als Normalität und Herausforderung – nicht als Krisenerscheinung und Belastung. In Zuwanderungsländern dieser Art erkennt die anglo- bzw. frankophone Mehrheitsgesellschaft an, dass die Zukunftsfähigkeit des Landes davon abhängt, dass junge Menschen zur Handlungsfähigkeit in kulturell und sprachlich pluralen Kontexten qualifiziert werden – und dieses Bildungs- und Erziehungsziel ist für alle Gruppen relevant:

für die „eingeborenen“ Minderheiten, für die Mehrheit, für die in erster, zweiter und dritter Generation im Lande lebenden Sprach-/ Kulturgruppen.

Was diese Länder in besonderer Weise auszeichnet, ist die Tatsache, dass sie für verantwortliche Positionen im Bildungswesen Angehörige der Minderheiten qualifizieren, die mit den spezifischen Interessen und Lernvoraussetzungen der autochthonen oder allochthonen Minderheiten vertraut sind, und diesen Personen lokal, regional und national auch tatsächlich Verantwortung übertragen. Solche Maßnahmen erhöhen nicht nur die Professionalität, sie schaffen auch Vertrauen und vermitteln die Botschaft, dass die Verantwortung für das Bildungssystem geteilt wird – etwa in demographischer Proportion. Von diesem Zustand ist die Bundesrepublik vor allem wegen der leidigen Politisierung des Zuwanderungsrechts und wegen des Beamtenstatus der Schulleitungen und der Schulaufsicht weit entfernt. Der Blick auf die Niederlande, Großbritannien und Skandinavien zeigt, dass man dort sprachlich-kulturelle Gruppen an der professionellen Verantwortung für das Bildungswesen mit gutem Erfolg beteiligt.

Die Wirkung der schulischen Förderung von Mehrsprachigkeit ist abhängig von der Professionalität des Lehrpersonals in Angelegenheiten des schulischen Lehrens und Lernens von Sprachen – gemeint sind hier spezielle Kompetenzen sowohl für Deutsch als Umgebungs- und vor allem als Schulsprache als auch für sprachliches Lernen in den „Sachfächern“ wie schließlich auch für den Muttersprachlichen Unterricht.

Die Schulen müssen selbst mehr Verantwortung für Integration und Sprachförderung übernehmen dürfen und eigene Modelle und Profile entwickeln können – natürlich stünden sie dann auch in der Pflicht die Wirksamkeit ihrer pädagogischen und organisatorischen Ansätze nachzuweisen.

Literatur: Dokumentation der Anhörung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten im Landtag von Nordrhein-Westfalen, November 2003